

# Amts- und Anzeigebblatt

für den

## Bezirk des Amtsgerichts Eibenstock und dessen Umgebung.

**Erscheint**  
wöchentlich drei Mal und  
zwar Dienstag, Donnerst-  
tag u. Sonnabend. In-  
scriptionspreis: die Klein-  
seite 10 Pf.

**Abonnement**  
vierteljährl. 1 M. 20 Pf.  
(incl. Bringerlohn) in der  
Expedition, bei unsern Bo-  
ten, sowie bei allen Reichs-  
Postanstalten.

Verantwortlicher Redacteur: E. Hannebohn in Eibenstock.

**N. 138.**

27. Jahrgang.

Sonnabend, den 20. November

1880.

### Zur bevorstehenden Volkszählung.

Im Leben der deutschen Nation sind wiederum nahezu fünf Jahre seit der letzten großen Volkszählung verfloßen. Am 1. December dieses Jahres soll diese wichtige Staatshandlung im neuen deutschen Reiche zum dritten Male stattfinden. Alle auf deutscher Erde weilenden Personen werden an diesem Tage auf Millionen von Zählkarten oder Haushaltungslisten verzeichnet, um von da weiter auf die Hauptbücher der Einzelstaaten und schließlich in die tabellarischen Uebersichten des Reiches übertragen zu werden.

Wir Bürger der modernen Staaten haben es bequemer als die Bewohner des römischen Reichs zur Zeit von Christi Geburt, an welche ein Gebot vom Kaiser Augustus erging, daß alle Welt geschätzt würde. . . und Jedermann ging, daß er sich schämen ließe, ein Zeglicher in seine Stadt. Wir werden geschätzt und gezählt, ohne daß wir unsere Wohnung zu verlassen brauchen. Der Zähler bringt 1 oder 2 Tage vor dem 1. Decbr. die Zählungslisten in jedes Haus und der Staat verlangt weiter nichts, als daß alle Haushaltungsvorstände die Formulare aufmerksam durchlesen und die verschiedenen Rubriken am Morgen des 1. Decbr. gewissenhaft ausfüllen, damit sie am nächsten Tage von dem Zähler wieder abgeholt werden können.

So einfach und mühelos auch diese Aufgabe für jeden einzelnen Bewohner ist, so giebt es doch leider Viele, welche den Volkszählungen argwöhnisch gegenüberstehen und dahinter fiskalische oder militärische Zwecke vermuten. Beides ist unbegründet. Der Fiskus und die Militärbehörden kommen auf anderen Wegen zu ihren Zielen und wiederholen alljährlich ihre Nachforschungen; aber die Volkszählungen finden in jedem Jahrzehnt nur 2 Mal statt und dienen lediglich zur Erkenntnis des allgemeinen Zustandes der Bevölkerung. Alter und Geschlecht, Familienstand und Religion, Beruf und Erwerb, Staats- und Ortangehörigkeit der Bewohner sollen in einem Gesamtbilde dargestellt werden. Staat und Reich können sich nicht um die Altersverhältnisse und Lebensschicksale jedes Einzelnen kümmern, sondern verlangen nur Klarheit über die Gesamtzahl ihrer Männer und Frauen, ihrer schulpflichtigen und wehrfähigen Jugend, ihrer Verheiratheten und Ledigen, ihrer Wittver und Wittwen, ihrer berufsfähigen und beruflosen Volksgenossen. Wer darüber unrichtige Angaben macht, oder Personen und Thatsachen verschweigt, fällt das Gesamtresultat und verlegt eine wichtige öffentliche Pflicht gegen Gemeinde, Staat und Nation!

Die Zählung soll in abgegrenzten Zählbezirken und unter Leitung der Localbehörden mit Beihilfe freiwilliger Zähler ausgeführt werden. Das Amt der Zähler ist ein Ehrenamt und die Wahl ist daher auf solche Personen zu richten, deren Gemein Sinn und Befähigung dafür bürgen, daß sie die Zählungsgeschäfte mit Umsicht instructionsmäßig ausführen werden. Jeder Zähler soll nur 40—50, nach Befinden noch weniger Haushaltungsübernehmen und die Mühe wird daher nicht groß sein.

Man darf wohl vertrauen, daß die hohe politische und sociale Bedeutung des Zählungswerkes überall in deutschen Landen verstanden wird und daß sich am 1. December Millionen Deutsche mit Stolz als Glieder eines Ganzen fühlen werden. Vor 10 Jahren unterblieb die Volkszählung, weil Deutschlands wehrpflichtige Mannschaft in Feindesland stand. Am 1. Decbr. 1871 zählte man 41,058,792, den 1. Dec. 1875: 42,727,360 Bewohner. Die durchschnittliche jährliche Bevölkerungszunahme von 1871—75 betrug 1 Procent der mittleren Bevölkerung.

Welches Resultat wird das Jahr fünf 1875—80 ergeben? Welchen Einfluß wird der Ueberschuß der Geburten auf der einen und die zunehmende Auswan-

derung auf der andern Seite ausgeübt haben? Wird das männliche oder das weibliche Geschlecht, die Zahl der Verheiratheten oder Ledigen zugenommen haben? Welche Gliederung der Altersstufen und der Berufsstände wird sich ergeben? Alle diese Fragen sind von größter praktischer Wichtigkeit für alle Staats- und Gemeindebehörden, und es liegen darin zugleich tiefe Probleme der Bevölkerungs- und Socialwissenschaft verborgen. Die Zählung vom 1. Decbr. 1880 wird zu ihrer Lösung neue Bausteine herbeischaffen und die Kenntniß der vaterländischen Zustände erweitern und vertiefen.

### Tagesgeschichte.

— Deutschland. Eine Frage, die seit der Einführung der neuen Gerichtsorganisation die Presse fast unausgesetzt beschäftigt hat, die Höhe der Gerichtskosten, war dieser Tage in der Sitzung des preussischen Abgeordnetenhauses Gegenstand einer Interpellation. Der Abg. von Cuno, unterstützt von den Mitgliedern der nationalliberalen Fraction, fragte an, ob die Regierung Ermittlungen über die bisherige Wirkung des Gerichtskostengesetzes und der Gebührenordnung für Gerichtsvollzieher angestellt habe, ob diese Ermittlungen eine übermäßige Vertheuerung des gerichtlichen Verfahrens ergeben haben, und welche Schritte zur Abhilfe die Regierung eventuell zu thun gedenke. Der Justizminister beantwortete diese Fragen eingehend. Er gab zu, daß die Klagen über die abnorme Höhe der Gerichtskosten zum Theil berechtigt seien, wenn auch einzelne Behauptungen, die in der Presse laut geworden seien, in das Gebiet der „Mährergeschichten“ gehörten. Eine Reform des Gesetzes würde nicht zu umgehen sein, und über die Möglichkeit und Nothwendigkeit derselben hätten bereits Verhandlungen mit der Centralstelle des Reichs stattgefunden. Zur Zeit fehle es aber noch an dem nothwendigen statistischen Material, um eine gefessliche Verringerung darauf zu begründen, man müsse die Gesetze erst noch längere Zeit functioniren lassen, um für eine Verringerung thatsächliche Anhaltspunkte zu gewinnen. Auch wolle er nicht verhehlen, daß einzelne Regierungen einer Reform aus finanziell-fiskalischen Gründen abgeneigt seien. Der Minister versicherte schließlich, daß er es an der nöthigen Initiative, eine Reform herbeizuführen, nicht fehlen lassen werde, und bezeichnete als die nach seiner Meinung zunächst reformbedürftigen und reformfähigen Punkte die Zustellungsgebühren der Gerichtsvollzieher, die Gebühren für die Beglaubigung von Abschriften und die Schreibgebühren. — Aus der Besprechung, die sich an die Interpellation knüpfte, ging hervor, daß allseitig eine Herabsetzung der Sätze in der Gebührenordnung für die Gerichtsvollzieher als nothwendig erachtet wird. Nun ist zwar jedem Einzelstaate das Recht vorbehalten, die Einnahmen der Gerichtsvollzieher herabzusetzen, von einer Geltendmachung dieses Rechtes würde aber das prozessirende Publikum keinen Gewinn haben, da nach § 24 der Gebührenordnung für Gerichtsvollzieher doch der volle Gebührensatz von den Parteien eingezogen werden müßte, und der Ueberschuß nur anstatt in die Tasche der Gerichtsvollzieher in die Kasse des Staates fließen würde. Also würde auch in diesem Punkte nur eine Gesetzesänderung, welche Sache des Reiches ist, Abhilfe gewähren können.

— Oesterreich. Das Erdbeben in Agram gewinnt einen zunehmend unheimlichen Charakter. Die Stöße nehmen kein Ende und noch heute treffen über mehrere heftige Erdschütterungen telegraphische Nachrichten ein, welche das Schlimmste befürchten lassen. Die Bewohner stürzten fast sämmtlich auf die Straße und weil das Unglück gerade um Mitternacht stattfand, entstand die entsetzlichste Verwirrung in der unglücklichen Stadt. Viele Familien, welche nach der eingetretenen kürzeren Pause in der Folge der Erdstöße sich entschlossen hatten, in

der Stadt zu bleiben, wollen nunmehr auswandern und um keinen Preis mehr auf der gefährdeten Stelle bleiben. Der Schaden wird ein immer größerer; nachdem die vorhergehenden Stöße kein Haus mehr heil gelassen hatten, haben die jüngsten Erdschütterungen an verschiedenen Stellen viele Häuser zu Schutthaufen eingestürzt und die Einwohner unter ihren Trümmern begraben. Noch ist, beim Abgange der ersten Schreckensnachrichten von dem neuerlichen Unglück, der Tag nicht angebrochen, der die Schrecken der entsetzlichen Nacht auf den 16. Nov. leider erst in das rechte Licht setzen wird. Er muß auch erst darüber aufklären, wie Viele verunglückt und was Alles vernichtet worden ist.

— Dem deutschen Parteitag in Wien und den von ihm gefaßten Resolutionen gegenüber hat es, in Wien selbst, nicht an einer und zwar sofortigen Gegen-demonstration gefehlt. Man berichtet darüber Folgendes: Schon eine Stunde nach dem Schluß des Protest-tages fand in Wien eine große, nach Tausenden zählende Arbeiterversammlung statt, deren Tendenz ersichtlich gegen den deutschliberalen Parteitag gerichtet war. Der Einberufer ist noch unbekannt; angeblich ist es ein deutscher demokratischer Abgeordneter des österreichischen Reichstages. Die Teilnehmer dürften zumeist Arbeiter sein. Die Versammlung faßte zunächst eine Resolution, welche gegen die Bezeichnung der verfassungstreuen Partei als liberale Partei protestirt. Die Handlungsweise der Verfassungstreuen gegenüber der arbeitenden Bevölkerung beweise, daß ihnen die Freiheit nur ein Schlagwort sei, hinter welcher sich die schlimmste politische und wirtschaftliche Corruption verberge. Die Resolution verlangt ferner allgemeines und directes Wahlrecht, freies Vereins- und Versammlungsrecht; vollkommene Pressfreiheit; Abschaffung des objectiven Verfahrens, der Kautionspflicht und des Zeitungssimpels; Freigebung der Kolportage; Revision der Gewerbeordnung; Beseitigung der indirecten Steuern; Einführung einer einzigen progressiven Einkommensteuer, vorläufig aber sofortige Abschaffung aller Konsumsteuern, hauptsächlich derer auf die unentbehrlichsten Lebensmittel, wie Fleisch, Mehl, Petroleum, Kaffee u. s. w.; Abschaffung des stehenden Heeres und Einführung einer allgemeinen Volkswehr. — Die Begründung der Resolution polemisiert wieder energisch gegen die Verfassungspartei und gegen den Gemeinderath von Wien, welcher anstatt der Flaggen und der Illuminationsmittel lieber Brod für das hungernde Volk ankaufen sollte. — Die Arbeiter wollen vorstehende Resolution dem Reichsrath überreichen lassen. Eine Störung der Ordnung kam nicht vor, obgleich die Stimmung erregt war. Die Polizei hatte umfassende Maßregeln zur Verhütung von Unordnung getroffen. — Man wird zugeben, daß das viel auf einmal verlangen heißt.

— Pest. Der Oberstadthauptmann Thaisz hat dem Theater-Director Müller auf die Dauer von drei Jahren die Concession zur Veranstaltung deutscher Theater-Vorstellungen in Pest erteilt.

— Rußland. In dem großen Nihilistenprozeß in Petersburg sind die 5 Hauptangeklagten und Attentäter zum Tode durch den Strang, 11 andere, unter ihnen mehrere Frauen, von lebenslänglicher bis zu 15jähriger Zwangsarbeit verurtheilt worden. Für die Letzteren haben die Richter Milderung der Strafe beantragt. Gegen zwei der Hauptangeklagten ist die Todesstrafe bereits vollstreckt worden.

### Locale und sächsische Nachrichten.

— Schönheit, 19. Novbr. Um das erledigte Gemeindevorstandskamt haben sich nicht weniger als 82 Personen beworben, darunter 1 Assessor a. D., 1 Oberlandesgerichtsreferendar, 1 Referendar a. D., 1 Candidat der Staatswissenschaften, 2 Bürgermeister, 1 Bürgermeister a. D., 1 Gemeindevorstand, 1 Gemeindevorstand